

TOP 4 Umgang des BUND Bundesverbandes mit der AfD

Umweltpolitik mit Leidenschaft und Fakten – ohne die AfD!

Als Ergebnis der Bundestagswahl 2017 ist im Bundestag erstmals seit langer Zeit eine Partei vertreten, die offen rechtsradikale und rassistische Inhalte vertritt. Die Partei fördert aktiv fremdenfeindliches Verhalten, in dem sie als sogenannte Andere definierte Menschen für gesellschaftliche Probleme verantwortlich macht und den positiven Bezug auf die eigene Nation als Lösung anbietet. Eine Auseinandersetzung mit wesentlichen Positionen der AfD macht außerdem deutlich, dass diese häufig völkischen Argumentationsideologien folgen und damit den Boden der demokratischen Grundordnung verlassen. Die AfD ist gegen die Gleichstellung, da sie explizit jede Form von Geschlechterpolitik im Sinne einer Ergebnisgleichheit ablehnt und sie ist LSBTIQ-feindlich (**Lesbisch Schwul Bi Trans* Inter* Queer** bzw. im Englischen entsprechend für Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer).

Der BUND ist aber klar positioniert: In unserer Satzung heißt es: „Der BUND steht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung und vertritt den Grundsatz weltanschaulicher und religiöser Toleranz. Rassistische, fremdenfeindliche und menschenrechtswidrige Auffassungen sind mit *dem Grundsatz des Vereins unvereinbar.*“ Die AfD vertritt also diametral andere Positionen als der BUND: Gerade das Themenfeld ‚Flucht und Migration‘, das die AfD besonders zur Stimmungsmache und Selbstprofilierung missbraucht, greifen wir im BUND aktiv auf: Ganz konkret in gemeinsamen Projekten und Aktivitäten mit Geflüchteten, aber auch politisch. Der von Menschen verursachte Klimawandel mit katastrophalen Folgen wie steigende Meeresspiegel, extreme Wetterereignisse, vermehrte und stärker ausgeprägte Dürren und extreme Überschwemmungen zerstören die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen - ein Klimawandel, dessen Existenz die AfD in Abrede stellt oder relativiert. Insgesamt argumentiert die AfD in vielen Feldern nicht auf der Grundlage von Wissenschaft und Fakten, sondern polemisiert und emotionalisiert in einer ausgrenzenden, menschenfeindlichen Sprache.

Was heißt dies für unseren Umgang mit den gewählten AfD-Abgeordneten des Bundestages?

1. Der BUND geht nicht aktiv auf die AfD zu, um sie für die Unterstützung von BUND-Forderungen im Deutschen Bundestag zu gewinnen. Wir laden sie nicht zu parlamentarischen Veranstaltungen ein, sprechen sie nicht bei Petitionen oder Stellungnahmen von unserer Seite an.
2. Der BUND beteiligt sich auch nicht an parlamentarischen Initiativen, Veranstaltungen und Stellungnahmen der AfD und ihrer Abgeordneten.
3. Dort wo nötig geht der BUND in die offene, sachbasierte Auseinandersetzung mit den AfD-Abgeordneten. Wir zeigen, dass die AfD keine Sacharbeit leistet und keine Lösungen aufzeigen, selbst dann, wenn sie in scheinbar ähnliche Forderungen vertritt wie der BUND (z.B. einen Ausstieg aus der Massentierhaltung, Ablehnung Freihandelsabkommen, Forderung Volksentscheide)